

# Niederschrift

der 8. Sitzung des Kreisausschusses am Donnerstag, den 27. Oktober 2016, 14.30 Uhr, im Besprechungszimmer 3 im Landratsamt Neumarkt i.d.OPf.

---

## Anwesende:

1. Vorsitzender:  
Landrat Willibald Gailler
2. die Stellvertreter des Landrats  
Bauer Josef
3. die Kreisräte:  
Belzl Guido  
Braun Carolin  
Eisenreich Ludwig  
Gerngroß Hans  
Himmler Helmut (weiterer Stellvertreter des Landrats)  
Dr. Hundsdorfer Martin, Vertreter für Hierl Susanne  
Köstler Josef  
Lahner Helmut  
Meier Eduard, Vertreter für Kratzer Horst  
Müller Günter  
Scherer Alois  
Dr. Schlusche Roland
4. der Jurist:  
Dr. Pfohl Gerhard
5. die Kreisbediensteten:  
Bittner Renate  
Gottschalk Michael  
Hadwiger Roland  
Hofbeck Jutta  
Hollweck Richard  
Iberl Werner  
Mederer Markus  
Ried Hans
6. zu TOP A 3:  
Winter Georg, Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.
7. Als ZuhörerIn:  
Kreisrätin Steinbauer-Erlar Sigrid
8. Vertreter der Presse
9. Schriftführer:  
Eichenseer Matthias

## T a g e s o r d n u n g

### **A) Öffentlicher Teil**

1. Anerkennung der Niederschrift der 7. Sitzung
2. Sachstand zur Asylbewerbersituation im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. und Information über die Einrichtung einer Stelle eines Bildungskoordinators;  
Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 21.3.2016
3. Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.;  
Vorberatung der Beschlussfassung über DawI-Leistungen (Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse)
4. Bahnlinie Neumarkt – Regensburg;  
Information über eine Studie zur Machbarkeit eines Bahnhofes Neumarkt-Süd
5. Besteuerung der öffentlichen Hand/Anwendungsfragen des neuen § 2b UStG;  
Vorberatung der Beschlussfassung über die Optionsmöglichkeit bis 31. Dezember 2016 nach § 27 Abs. 22 UStG für Beibehaltung der Altregelung
6. Abfallwirtschaft;  
Vorberatung der Beschlussfassung über die Änderung der Gebührensatzung für Abfallbeseitigung  
Änderung der Gebührensätze für die Erd- und Steindeponie zum 1.1.2017
7. Vollzug des Schulsports;  
Geplante Sportstätteneinheiten für die weiterführenden Schulen des Landkreises im Ganzjahresbad der Stadt Neumarkt i.d.OPf.  
Beschlussfassung über die Beantragung staatlicher Zuwendungen gem. FAG
8. Beauftragung eines Kooperationspartners für Flüchtlingsklassen im Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Neumarkt i.d.OPf.;  
Information über eine Eilentscheidung

### **B) Nichtöffentlicher Teil**

1. Baumaßnahmen der Lebenshilfe Neumarkt i.d.OPf. e. V.;  
Beschlussfassung über die Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen zur Zwischenfinanzierung
2. Personalangelegenheiten;  
Beschlussfassung über die Einstellung eines Bildungskoordinators
3. Staatl. Berufsschule und die Maximilian-Kolbe-Schule Neumarkt i.d.OPf.;  
Vertrag mit dem ASV Neumarkt über die Nutzung der Sportstätten  
Information über den Sachstand und ggf. Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise
4. Vorberatung der Beschlussfassung zur Verleihung der Landkreismedaille

## **A) Öffentlicher Teil**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Einwendungen gegen die Änderung der Tagesordnung werden nicht erhoben.

### **1. Anerkennung der Niederschrift der 7. Sitzung**

---

Gegen die o. a. Sitzung werden keine Einwendungen erhoben. Sie ist damit genehmigt.

(12:0)

Kreisrat Köstler nimmt ab 14.35 Uhr an der Sitzung teil.

### **2. Sachstand zur Asylbewerbersituation im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. und Information über die Einrichtung einer Stelle eines Bildungskoordinators; Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 21.3.2016**

---

Der Vorsitzende teilt mit, heute werde ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 21.3.2016 behandelt. Nach Rücksprache mit Kreisrat Dr. Schlusche habe dieser zugestimmt, den Antrag statt im Kreistag im Kreisausschuss zu behandeln. Allerdings sollte jedes Kreisratsmitglied darüber informiert werden, um ihm Gelegenheit zu geben, an der Kreisausschusssitzung teilzunehmen. Die Einladung sei an die Kreistagsmitglieder gegangen. Kreisrätin Steinbauer-Erl nehme die Möglichkeit wahr, sich informieren zu lassen. Über die Flüchtlings- und Asylbewerbersituation sei zweimal im Kreistag informiert worden, einmal im Herbst 2015 und einmal im Jahr 2014. Seit dieser Zeit habe es weitere Entwicklungen gegeben, die Herausforderungen seien geblieben.

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Dr. Pfohl die als Anlage 1 beigefügte Präsentation.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Pfohl für die sehr ausführliche Darstellung der Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber. Es handele sich um eine Situation, die den Landkreis und die Verwaltung in vielen Bereichen vor große Herausforderungen stelle. Es sei keine homogene Angelegenheit sondern sehr differenziert und fluktuierend. Jeden Tag müssten neue Antworten und Lösungen gefunden werden. Der Vorsitzende hält fest, im Landkreis laufe es relativ gut, was vielerlei Gründe habe. Zum einen wolle er die Verwaltung lobend hervorheben. Herr Dr. Pfohl und zahlreiche Mitarbeiter seien sehr engagiert unterwegs, um die Herausforderungen zukunftsorientiert zu lösen und adäquate Angebote zu machen. Der dezentrale Weg der Unterbringung sei in Bezug auf die Integration in die Gesellschaft der weitaus bessere Weg als wenn die Asylbewerber nur auf 3 oder 4 zentrale Unterkünfte konzentriert wären. Danken wolle der Vorsitzende auch den Gemeinden, die sich hier stark einbringen. Auch vor Ort gebe es viel zu organisieren und zu koordinieren. Hier seien die Gemeinden entsprechend stark gefordert. Ebenso gebühre großer Dank den Ehrenamtlichen, die sehr vielfältige und wertvolle Arbeit leisteten. Es handele sich beim Gelingen der Integration um eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Man habe das gute Gefühl, dass sich dieser Aufgabe sehr viele Einzelpersonen und Organisationen stellen und einbringen.

Kreisrat Scherer ist der Ansicht, das Willkommen und Ankommen der Flüchtlinge und Asylbewerber in den Gemeinden und Kommunen habe sehr gut funktioniert, vor allem auch deshalb, weil man viele ehrenamtliche Helfer gehabt habe. Eine ganz andere Geschichte sei nun die Integration. Hier würden die Gemeinden langsam feststellen, dass man an gewisse Grenzen stoße, vor allem auch die ehrenamtlichen Kräfte. Hier sei wichtig, dass die Integra-

tion in die Arbeitswelt gelinge, ebenso in die Wohnungslandschaft. Man merke, dass man an Grenzen stoße. Hier sei es gut, dass die meisten anerkannten Flüchtlinge in den bestehenden Unterkünften verbleiben können, da der Wohnungsmarkt nahezu leergefegt sei.

Kreisrat Lahner teilt mit, in letzter Zeit werde man immer öfter auf die Sprach- und Integrationskurse angesprochen. Glaube man den Medien, so würden immer mehr die Qualität der angebotenen Kurse sowie die Anwesenheitspflicht hinterfragt. Er wolle wissen, welche Erfahrungen es auf diesem Gebiet im Landkreis Neumarkt gebe. Gerade bei der Anwesenheitspflicht höre man immer wieder, dass von einer anfänglichen Kursstärke von vielleicht 20 Personen später nur noch wenige teilnahmen.

Des Weiteren würde ihn interessieren, warum die jungen Erwachsenen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, weiterhin als betreute Jugendliche gelten und entsprechend betreut werden.

Herr Dr. Pfohl bestätigt, dass es bei den Deutsch-Kursen durchaus Asylbewerber gebe, die dem Unterricht fern blieben. Derzeit gebe es nur geringe Sanktionsmöglichkeiten. Da die Kurse, sofern sie strukturiert seien, relativ teuer sind, sollte man auf die Anwesenheitspflicht mehr achten. Derzeit habe das Fernbleiben leider keine oder nur geringe Folgen. Gerade die Kurse der VHS hätten eine sehr hohe Qualität. Das neue Integrationsgesetz werde Fortschritte bringen. Hier werde auch das Prinzip „Fördern und Fordern“ festgeschrieben. Die anerkannten Asylbewerber werden langfristig von den Sprach- und Integrationskursen profitieren. In dieser Übergangszeit würden Sanktionen noch nicht durchgesetzt. Folgen könnten dabei sogar entstehen, dass die Glaubwürdigkeit des Asylbewerbers an der Ernsthaftigkeit seines Asylantrags bei der Anhörung vor dem BAMF infrage gestellt werden könne.

Die volljährigen jungen Menschen, die wie betreute unbegleitete minderjährige Flüchtlinge behandelt werden, erhalten im Landkreis Neumarkt lediglich ambulante Hilfe, sofern sie diese noch benötigen. Untergebracht seien sie in Unterkünften, wie auch die normalen Erwachsenen. Sie seien jungen Deutschen gleichgestellt, die diese Hilfe ebenfalls benötigen. Einzelne Großstädte seien hier großzügiger, da sie die finanzielle Zuständigkeit beim Bezirk sehen.

Frau Hofbeck ergänzt die Ausführungen von Herrn Dr. Pfohl, bei den Deutschkursen müsse man differenzieren. Die einen Deutschkurse würden von Ehrenamtlichen betrieben, bei den anderen handele es sich um Integrationskurse. Bei den Integrationskursen seien sowohl der Inhalt geregelt, als auch Sanktionsmaßnahmen definiert. Wenn das Asylverfahren positiv beschieden werde, und diese Ausländer das erste Mal eine Aufenthaltserlaubnis bekämen – weil sie z. B. als Flüchtlinge anerkannt würden – dann werden sie von der Ausländerbehörde verpflichtet, einen Integrationskurs zu besuchen. Nachdem sie i.d.R. vom Jobcenter Leistungen beziehen, werde vom Jobcenter eine sog. Eingliederungsvereinbarung zusätzlich aufgenommen. Hier werde u. a. der Besuch eines Integrationskurses verpflichtend festgeschrieben. Es sei der erste Schritt, um überhaupt in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden zu können. Wenn sie diesen Kurs nicht besuchen oder den Kurs nicht bestehen, weil sie eventuell nicht regelmäßig daran teilgenommen haben, dann gibt es sowohl von ausländerrechtlicher Seite als auch von der Leistungsseite des Jobcenters Sanktionsmöglichkeiten, die auch nach und nach wahrgenommen werden.

Der Vorsitzende teilt mit, in der vergangenen Woche habe er im Rahmen der Ausbildungsmesse eine Integrationsklasse an der Berufsschule besucht. Er habe den Eindruck gehabt, dass die Teilnehmer sehr intensiv teilgenommen hätten. Er habe mit Herrn Blomeier gesprochen, den Leiter der FOS/BOS. Er habe zwei dieser Klassen an seiner Schule. Die jungen Menschen seien sehr motiviert. Es gebe auch keine größeren Probleme, die es dort durchaus von deutschen Schülern gebe. Man merke, dass sie etwas lernen und sich qualifizieren wollten. Die jungen Leute würden diese Angebote gut wahrnehmen.

Kreisrat Dr. Schlusche bedankt sich bei Herrn Dr. Pfohl für die Ausführungen. Die Informationen seien gut gewesen. Auch sei wichtig, nun wieder einen aktuellen Sachstand zu haben. Es sei für uns alle wichtig, zu wissen, worüber man künftig wieder diskutieren müsse und welche Probleme es künftig geben werde. Man werde noch einige Problemfelder zu bearbeiten haben. Kreisrat Scherer habe zu Recht auf die Herausforderung der Integration hingewiesen. Um zu einer guten Integration zu kommen sei es wichtig, dass man die Sprache beherrsche.

Ihn würde interessieren, ob die Integrationskurse nur in Neumarkt stattfinden oder ob sie auch an anderen Orten im Landkreis angeboten werden.

Des Weiteren habe er die Frage, ob es bei den Abschiebungen zu Problemen komme.

Herr Dr. Pfohl habe erklärt, die Krankheitskosten würden vom Staat getragen. In diesem Zusammenhang wolle er wissen, ob die anerkannten Asylbewerber freie Arztwahl hätten oder ob sie bestimmte Ärzte aufsuchen müssen.

Kreisrat Dr. Schlusche stellt klar, die Bewältigung der Integration sei eine Gemeinschaftsaufgabe, weshalb der gesamte Kreistag über die Parteigrenzen hinweg zusammen arbeiten sollte. Bislang sei das Ganze sehr gut gelungen. Man habe noch viele Aufgaben vor sich, sei aber auch auf einem guten Weg. Dies sei Konsens in der Fraktionssitzung der Grünen gewesen.

Frau Hofbeck teilt mit, die Bildungsträger für die Integrationskurse im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. seien das bfz und die VHS. Die Kurse würden in Neumarkt sowie in Beilngries stattfinden, wobei Beilngries Anlaufstelle von Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen aus dem Raum Dietfurt sei. Weitere Integrationskurse des Staates gebe es ansonsten nirgends.

Zu den Abschiebungen: Diese sei i.d.R. das letzte Mittel. Den abgelehnten Asylbewerbern werde zunächst die Möglichkeit gegeben, freiwillig auszureisen, was ihnen von Amtsseite nahegelegt werde. Erst wenn sie sich nicht bereit erklären, freiwillig innerhalb der gesetzten Frist auszureisen, erst dann werde die Abschiebung eingeleitet. Somit sei bei einer Abschiebung immer ein gewisser Zwang verbunden. Die wenigsten würden mit gepackten Koffern darauf warten, dass die Polizei sie abhole. Es gebe durchaus Fälle, in denen versucht werde, sich der Abschiebung zu entziehen, oder aber auch sich aktiv zur Wehr zu setzen. In der Regel könne man nicht davon ausgehen, dass es eine freiwillige Abschiebung gebe.

Herr Dr. Pfohl beantwortet die Frage nach der freien Arztwahl. Diese hätten alle, sowohl Asylbewerber als auch Anerkannte. Asylbewerber erhalten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur ärztliche Hilfe in sogenannten Akutfällen, wobei dies sehr weit ausgelegt werde. Es werde keine komplette Zahnsanierung bezahlt – dies sei das beste Beispiel – sondern eben nur akute Fälle. In dem Moment, in dem die Asylbewerber anerkannt werden – in welcher Form auch immer – und dem SGB II unterfallen, also Jobcenter-Kunden werden, gilt das selbe wie für alle anderen Jobcenter-Kunden – also das selbe wie für die gesetzlich Krankenversicherten. Sie erhalten die gleiche medizinische Versorgung.

Kreisrat Dr. Schlusche erkundigt sich nach den neuen Flüchtlings-Integrations-Maßnahmen und was man darunter verstehen müsse.

Herr Dr. Pfohl erklärt, bei den sog. FIM's handele es sich um zuschussfähige Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Derzeit könnten 94 Stellen angeboten werden. Sie seien auf höchstens 30 Stunden/Asylbewerber begrenzt. Es müssten gemeinnützige Tätigkeiten sein, die zusätzlich erledigt werden müssten, d.h. es dürften keine bestehenden regulären Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden. Der Träger müsse gemeinnützig sein – darunter fielen auch die Gemeinden. Wer als gemeinnützige Organisation einen Asylbewerber beschäftige, bekomme dafür einen Zuschuss von 3000 €/Jahr oder 250 €/Monat. Der Asylbewerber selbst bekomme 80 ct/Stunde netto zusätzlich zu den staatlichen Leistungen hinzu. Herr Dr. Pfohl habe alle Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen diesbezüglich an-

geschrieben und habe bisher 12 Rückmeldungen erhalten. Er halte diese Möglichkeit für sehr wichtig, da man die Asylbewerber eher aktivieren könne, sich zu integrieren und sich in Beschäftigungsverhältnisse zu begeben. Sich daran zu gewöhnen, nichts zu arbeiten, sei nicht nur für die Gesellschaft sondern auch für den Betroffenen schädlich.

Kreisrätin Steinbauer-Erler pflichtet Kreisrat Scherer bei, die Integration sei noch lange nicht bewältigt. Man müsse noch viel weiter gehen. Die FIM's halte sie für eine sehr gute Sache. Sie interessiere, welche Arbeiten hier konkret zu verstehen seien.

Der Stellvertreter des Landrats, Bauer, erklärt, man könne in einer Gemeinde Verschönerungsarbeiten durchführen lassen, die man ansonsten nicht angehen würde.

Kreisrätin Steinbauer-Erler hält es bei den Deutsch-Kursen für wichtig, dass der Bildungsstand des jeweiligen Asylbewerbers berücksichtigt werde. Oft sei der Grund des Abbruchs an der Teilnahme nicht das fehlende Interesse sondern die mangelnde Vorbildung.

Herr Dr. Pfohl pflichtet dem Vorsitzenden und Kreisrätin Steinbauer-Erler bei. Das Interesse an der Teilnahme an Integrationskursen sei eine Generationen- oder Altersfrage. Je jünger die Teilnehmer seien, desto motivierter seien sie. Ein 65jähriger Asylbewerber habe nicht mehr die Motivation wie ein 20jähriger.

Der weitere Stellvertreter des Landrats, Himmler berichtet, auch er habe Integrationskurse besucht. Er sei erstaunt gewesen, wie gut besucht diese Kurse gewesen seien und welche großen Erfolge sich bereits nach relativ kurzer Zeit eingestellt hätten. Zum Einlass von Kreisrat Scherer und der großen Aufgabe der Integration sei anzumerken, das Frustrationpotential bei den Flüchtlingen sei erheblich, da die großen Erwartungen enttäuscht worden seien. Sie hätten erwartet, dass sie in Deutschland arbeiten und Geld in die Heimat schicken könnten. Jetzt werde ihnen bewusst, dass es in Deutschland lange dauere, bis man ausgebildet sei und dann erst Zugang zum Arbeitsmarkt bekomme. Dieser Prozess werde lange dauern. Daran dürfe man sich aber auch nicht vorbei lügen, dies sei Realität.

Der Vorsitzende fasst zusammen, die Integration sei eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Dennoch stelle er fest, dass es ein großes, positives Bemühen hier im Landkreis Neumarkt gebe.

### **3. Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.; Vorberatung der Beschlussfassung über DawI-Leistungen (Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse)**

---

Herr Winter vom Klinikum Neumarkt i.d.OPf. erläutert den Sachverhalt anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation.

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den als Anlage beigefügten Betrauungsakt mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) zu beschließen.**

(13:0)

### **4. Bahnlinie Neumarkt – Regensburg; Information über eine Studie zur Machbarkeit eines Bahnhofes Neumarkt-Süd**

---

Herr Gottschalk informiert anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation über eine Studie zur Machbarkeit eines Bahnhofes

**Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. nimmt Kenntnis von der Studie zur Machbarkeit eines Bahnhofes Neumarkt-Süd und zeigt sich mit den unternehmen Schritten einverstanden.**

**Einwendungen werden nicht erhoben.**

(13:0)

- 5. Besteuerung der öffentlichen Hand/Anwendungsfragen des neuen § 2b UStG;  
Vorberatung der Beschlussfassung über die Optionsmöglichkeit bis 31. Dezember 2016 nach § 27 Abs. 22 UStG für Beibehaltung der Altregelung**
- 

Herr Mederer legt den Sachverhalt anhand der Anlage 4 dar.

**Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. empfiehlt dem Kreistag folgendes:**

**Der Kreistag des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. spricht sich für die Optionserklärung auf Beibehaltung der umsatzsteuerlichen Altregelung aus. Die Optionserklärung lautet wie folgt:**

*„Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz (UStG)*

*Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 18.11.2016 erklärt der Landkreis Neumarkt i.d.OPf., dass er – vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs – für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 01. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anwendet.*

*Dem Landkreis ist bekannt, dass diese Erklärung für sämtliche Tätigkeiten des Landkreises gilt.*

*Neumarkt i.d.OPf., 21.11.2016*

*Willibald Gailler, Landrat“*

(13:0)

- 6. Abfallwirtschaft;  
Vorberatung der Beschlussfassung über die Änderung der Gebührensatzung für Abfallbeseitigung  
Änderung der Gebührensätze für die Erd- und Steindeponie zum 1.1.2017**
- 

Herr Hadwiger erläutert die Anlage 5.

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag des Landkreises Neumarkt i.d.OPf., folgenden Beschluss zu fassen:**

**Der Kreistag des Landkreises Neumarkt beschließt die Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallbeseitigung gemäß Anlage 2.**

(13:0)

- 7. Vollzug des Schulsports;  
Geplante Sportstätteneinheiten für die weiterführenden Schulen des Landkreises im Ganzjahresbad der Stadt Neumarkt i.d.OPf.  
Beschlussfassung über die Beantragung staatlicher Zuwendungen gem. FAG**
- 

Herr Ried stellt den Sachverhalt gemäß der Anlage 6 dar.

**Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt der Leistung des Baukostenzuschusses in Höhe der zuwendungsfähigen Kosten für zwei Übungseinheiten entsprechend dem Baufortschritt zu und beauftragt die Landkreisverwaltung mit der entsprechenden FAG-Antragstellung.**

**(13:0)**

- 8. Beauftragung eines Kooperationspartners für Flüchtlingsklassen im Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Neumarkt i.d.OPf.;**  
**Information über eine Eilentscheidung**
- 

**Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. wird über die Eilentscheidungen des Landrates zur Beauftragung der bfz Regensburg gGmbH als Kooperationspartner für 3 BIK/V-Klassen, 2 BIK-Klassen und 1 BIJ-Klasse am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Neumarkt i.d.OPf. im Schuljahr 2016/2017 mit einer Auftragssumme von jeweils 150.000 €, 75.000 € und 37.500 € in Kenntnis gesetzt.**

**Einwendungen werden nicht erhoben.**

**(13:0)**

***B) Nichtöffentlicher Teil***